



**Baden-Württemberg  
Ministerium für Landesentwicklung  
und Wohnen**



## **Ausschreibung des im Jahr 2026 vorgesehenen Programms für die städtebauliche Erneuerung und Entwicklung**

Vom 10. April 2025, Az.: MLW24-252-86/1

### **I.**

#### **Allgemeines**

##### **Ziele und Zweck der Städtebauförderung**

Seit bald 55 Jahren dient die Städtebauförderung einer zeitgemäßen und nachhaltigen Weiterentwicklung gewachsener baulicher Strukturen und dem Abbau städtebaulicher Missstände und Entwicklungsdefizite. Als lernendes Programm reagiert sie dabei flexibel auf die immer wieder neu entstehenden und wechselnden Herausforderungen und legt so die Grundlagen für eine widerstandsfähige und zukunftsorientierte Fortentwicklung der Städte und Gemeinden. Sie stärkt damit als langfristig verlässliche Partnerin die örtliche, kommunale Identität und Attraktivität in den Städten und Gemeinden des Landes. Dies gilt besonders für die Schaffung und Aktivierung von Wohnraum und die Unterstützung vielfältiger Maßnahmen zu einer klimaverträglichen Ausgestaltung der Kommunen. Die Schaffung und der Erhalt von

attraktiven und lebendigen Stadt- und Ortskernen, die eine zukunftsfähige Nutzungsmischung ermöglichen, bleiben unverändert eine wesentliche Aufgabe der Städtebauförderung.

Die Städte und Gemeinden für alle Bevölkerungsgruppen lebenswert, attraktiv und anpassungsfähig zu erhalten, ist dabei einer der besonderen Schwerpunkte der Städtebauförderung. Unabhängig von der Größe der Kommune oder ihrer Lage, ob im Ländlichen Raum oder mitten im Ballungszentrum, ist sie seit langem das Leitprogramm für eine zukunftsgerechte Entwicklung unserer Städte und Gemeinden und ist – gerade in schwierigen Zeiten – in Baden-Württemberg eine dauerhaft verlässliche Partnerin der Kommunen. Die Städtebauförderung unterstützt auch weiterhin die Städte und Gemeinden bei dem Transformationsprozess hin zu einer gerechten, grünen und produktiven Gesellschaft, ganz im Sinn der Neuen Leipzig-Charta. Ein besonderer Fokus gilt hier vor allem der Gemeinwohlorientierung.

Der Erhalt und die Gestaltung von lebendigen und identitätsstiftenden Stadt- und Ortskernen, das Schaffen von Wohnraum und zukunftsorientierten Infrastrukturen sowie Maßnahmen für den Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel stehen dabei besonders im Fokus. Darüber hinaus können die Finanzhilfen der Städtebauförderung zu mehr Sicherheit im öffentlichen Raum beitragen, z. B. durch die Beseitigung von Angsträumen, durch geeignete Gestaltungsmaßnahmen oder die Förderung von Beleuchtungskonzepten und neuen Wegebeziehungen.

Die Bewahrung des gebauten kulturellen Erbes vor Ort und die Sicherstellung der Grund- und Daseinsvorsorge vor dem Hintergrund eines veränderten Einkaufsverhaltens sind Herausforderungen, denen sich die städtebauliche Erneuerung bereits seit längerem stellt. Denkmalschutz und Wohnraumförderung stehen dabei in besonders engem Zusammenhang mit der städtebaulichen Erneuerung.

Die Verbesserung und bedarfsgerechte Anpassung des Wohnungsbestandes ist auch weiterhin eine herausragende Aufgabe der städtebaulichen Erneuerung. Der anhaltende demografische Wandel und die unverändert angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt stellen alle Akteure vor besondere Herausforderungen, bei denen die Städtebauförderung maßgeblich unterstützen kann. Die Aktivierung von brachliegenden, unter- und fehlgenutzten Flächen für den Wohnungsneubau ist dabei ein wesentlicher Anknüpfungspunkt. Damit wird dem unverändert hohen Bedarf an bezahlbarem Wohnraum Rechnung getragen. Durch das Zusammenwirken der verschiedenen Förderangebote wie u. a. des Wohnungsbauprogramms kann durch die Freilegung und Neuordnung der vielfältigen Brachflächen aller Art im Rahmen der städtebaulichen Erneuerung der Neubau von Wohnungen in städtebaulich optimierter Lage ermöglicht werden.

Als Leitprogramm für eine nachhaltige Entwicklung der Kommunen unterstützt die städtebauliche Erneuerung auch bei der klimaverträglichen Fortentwicklung der Städte und Gemeinden. Die Programme der Städtebauförderung sind traditionell am Bestand orientiert und tragen damit nach dem Grundsatz „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ maßgeblich zur Nachverdichtung und damit zu einer spürbaren Reduzierung der Freiflächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrszwecke bei. Daneben unterstützt die Städtebauförderung das Ziel der langfristigen Netto-Treibhausgasneutralität u. a. durch die Förderung umfassender Gebäudemodernisierungen und des Fuß- und Radverkehrs und trägt zur Klimaresilienz durch die Verbesserung der grünen und blauen Infrastruktur bei.

## **Fördervoraussetzungen**

Städtebauförderung beruht auf den Grundsätzen des besonderen Städtebaurechts des Baugesetzbuchs (BauGB). Städtebauliche Erneuerungsmaßnahmen werden nach §§ 136 ff. BauGB, städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen nach §§ 165 ff. BauGB vorbereitet und durchgeführt. Notwendig ist immer ein Bündel von Einzelmaßnahmen mit dem Ziel, in einem abgegrenzten (Sanierungs-)Gebiet im Rahmen eines städtebaulichen Erneuerungsprozesses flächenhafte städtebauliche Missstände zu beseitigen. Städtebauförderung ist stets gebietsbezogen und Prozessförderung über einen längeren Zeitraum hinweg.

Die Förderung im Landessanierungsprogramm und in den Bund-Länder-Programmen erfolgt auf der Grundlage von § 164 a, § 164 b und § 169 Abs. 1 Nummer 9 BauGB sowie nach der Verwaltungsvorschrift des Wirtschaftsministeriums über die Förderung städtebaulicher Erneuerungs- und Entwicklungsmaßnahmen (StBauFR) in der Fassung vom 1. Februar 2019 (GABl. S. 88).

Städtebauliche Erneuerungsmaßnahmen müssen planerisch ausreichend vorbereitet sein. Dazu sind vor allem die städtebaulichen Missstände zu erheben, die städtebaulichen Ziele zu bestimmen, die Mitwirkungsbereitschaft der Betroffenen festzustellen, eine Abstimmung mit den Trägern öffentlicher Belange durchzuführen, soweit dies erforderlich ist, und die voraussichtlichen Kosten zu ermitteln (vgl. Nr. 13.2.1 StBauFR).

Bewährt und unverzichtbar für eine erfolgreiche nachhaltige Stadtentwicklung ist die Erstellung und regelmäßige Fortentwicklung eines umfassenden gesamtörtlichen Entwicklungskonzeptes (GEK) unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.

Zu einem solchen interdisziplinären Konzept gehören Analysen und stadtplanerische Zielsetzungen hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung, des lokalen Wohnungsbestandes und -bedarfs, der Einzelhandelsstruktur und Nahversorgung, der Mobilität und des Verkehrs, des Bildungs- und Arbeitsangebots, der sozialen und integrationsfördernden Einrichtungen sowie der öffentlichen Grün- und Freiraumversorgung. In den GEK sind außerdem die Herausforderungen und Zielsetzungen im Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung zwingend abzubilden. Vorliegende Konzepte wie z. B. energetische Quartierskonzepte oder kommunale Wärmepläne sind entsprechend zu berücksichtigen.

Von dem gesamtörtlichen Konzept ist ein gebietsbezogenes integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept (ISEK) abzuleiten, in dem die Ziele und Maßnahmen zur Problembewältigung im Fördergebiet darzustellen sind. Dabei sind auch die Themen Klimaschutz und Klimafolgenanpassung zu bearbeiten. Die Aktualität des ISEKs ist durch zielorientierte – ggf. auch sektorale – Fortschreibungen sicherzustellen.

Weiterhin sind im Rahmen der Gesamtmaßnahme zwingend Maßnahmen des Klimaschutzes und zur Anpassung an den Klimawandel, insbesondere durch Verbesserung der grünen und blauen Infrastruktur durchzuführen, um einen wesentlichen Beitrag zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen hin zum langfristigen Ziel der Netto-Treibhausgasneutralität zu leisten und die Klimaresilienz zu unterstützen.

## **Förderschwerpunkte**

- Schaffung von Wohnraum durch Umnutzung, Modernisierung und Aktivierung von Flächen und leerstehenden Immobilien,
- Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel sowie zur ökologischen Erneuerung, unter anderem in den Handlungsfeldern Optimierung der Energieeffizienz im Altbaubestand, Verbesserung des Stadtklimas, Reduzierung von Lärm und Abgasen, Aktivierung der Naturkreisläufe in den festgelegten Gebieten, Verbesserung der grünen und blauen Infrastruktur und des Wohnumfeldes durch Schaffung und Erhalt sowie Qualifizierung von multifunktionalen Grün- und Freiräumen; Maßnahmen zur Unterstützung des Holzbaus stehen in besonderem Fokus,
- Stärkung, Revitalisierung und Erhalt der Funktionsfähigkeit bestehender Stadt- und Ortszentren, insbesondere durch die Sicherstellung der Nahversorgung und Daseinsvorsorge sowie die Aufwertung des öffentlichen Raumes,
- Neustrukturierung und Umnutzung leerstehender, fehl- oder mindergenutzter Flächen und baulich vorgenzutzter Brachflächen, insbesondere bisher militärisch genutzter Gebäude und Liegenschaften sowie Industrie-, Gewerbe- und Bahnbrachen, z. B. für den Wohnungsneubau, Gewerbe und immer wichtiger werdende Infrastrukturprojekte wie Ärztehäuser, Einrichtungen zur Kinderbetreuung und Pflegeheime,
- Sicherung und Verbesserung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Integration in den Quartieren als wichtiger Teil der Daseinsvorsorge durch Erhaltung und Aufwertung des Wohnungsbestandes sowie des Wohnumfeldes in Wohnquartieren mit negativer Entwicklungsperspektive und besonderem Entwicklungsbedarf, hierzu gehören auch Maßnahmen zur Unterstützung/Schaffung kindgerechter Stadt- und Ortskerne,

- Sicherung und Erhalt denkmalpflegerisch wertvoller Bausubstanz sowie stadt- und ortsbildprägender Gebäude,
- Stabilisierung und Aufwertung bestehender Gewerbegebiete, insbesondere im Hinblick auf eine effiziente Flächenausnutzung und qualitätsvolle öffentliche Räume, um zukunftsfähige Entwicklungen zu ermöglichen und den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg zu stärken,
- Maßnahmen zur Anpassung vorhandener Strukturen an den demografischen Wandel (insbesondere Maßnahmen zur Erreichung von Barrierefreiheit bzw. -armut im öffentlichen Raum und zum generationengerechten Umbau von Wohnungen).

Ein Fördervorrang besteht unverändert für die Schaffung von Wohnraum durch Umnutzung, Modernisierung und Aktivierung von Flächen und leerstehenden Immobilien. Fördervorrang haben auch Anträge mit einem hohen Anteil an Maßnahmen zur Belebung und langfristigen Aufwertung von Stadt- und Ortskernen. Die Kombination mit Einzelmaßnahmen, die im Rahmen des Investitionspakts Baden-Württemberg Soziale Integration im Quartier (IBW) gefördert werden, ist möglich.

### **Allgemeines zur Antragstellung**

Städtebauförderungsmittel werden zur Deckung der Kosten der einheitlichen Vorbereitung und zügigen Durchführung einer städtebaulichen Erneuerungsmaßnahme als Einheit (Gesamtmaßnahme) nach § 164 a Abs. 1 BauGB eingesetzt. Fördergegenstand ist die Gesamtmaßnahme; ihr entspricht die Gesamtbewilligung des Landes.

Soweit die vom Land bewilligten Finanzhilfen hinter dem beantragten Volumen zurückbleiben, müssen die Kommunen entweder ihre Sanierungskonzeption an den

bewilligten Förderrahmen anpassen, das Erneuerungsgebiet verkleinern oder schriftlich bestätigen, dass sie die Finanzierung der Erneuerungsmaßnahme aus eigenen Mitteln gewährleisten, um die sanierungsrechtliche Vorgabe des BauGB zur Gesamtfinanzierung einer Erneuerungsmaßnahme zu erfüllen. Dies gilt gleichermaßen bei der Ausweitung einer Sanierungskonzeption oder der Ausdehnung des Erneuerungsgebiets.

Bei Anträgen auf Erneuerungsmaßnahmen in einer Gemeinde, in der bereits eine Erneuerungsmaßnahme durchgeführt wird bzw. worden ist, ist dem Antrag eine Übersichtskarte beizufügen, in die alle Erneuerungsgebiete eingezeichnet sind (auch abgerechnete Maßnahmen); der Stand der Maßnahmen ist zu erläutern.

Gebietsteile, die bereits Gegenstand eines Sanierungsverfahrens waren, können nur dann in ein neues Sanierungsgebiet einbezogen werden, wenn die alte Maßnahme vorher mit Schlussbescheid abgerechnet, die frühere Sanierungssatzung aufgehoben worden ist und weiterhin städtebauliche Missstände vorliegen. Im Antrag sind solche Fälle zu erläutern.

Städtebauliche Erneuerungsmaßnahmen sind grundsätzlich innerhalb eines achtjährigen Bewilligungszeitraums durchzuführen; in begründeten Fällen ist eine Verlängerung möglich. Eine ausgereifte und umsetzungsorientierte Vorbereitung von Erneuerungsmaßnahmen ist Voraussetzung für eine Programmaufnahme.

Nicht mehr berücksichtigt werden in der Regel Anträge von Kommunen, die Maßnahmen noch nicht abgerechnet haben, die vor 2010 in die Programme aufgenommen wurden; dies gilt grundsätzlich auch bei Maßnahmen, die in den Jahren 2010 und 2011 aufgenommen worden sind.



## II.

### **Voraussichtliches Programmvolumen**

Das Bewilligungsvolumen für die städtebauliche Erneuerung und Entwicklung wird beim Bund im Rahmen der Aufstellung des Bundeshaushalts 2026 festgelegt. Für die Landesfinanzhilfen gilt der Ansatz im Doppelhaushalt 2025/2026 des Landes, den der Landtag im Dezember 2024 beschlossen hat. Im Jahr 2025 werden rd. 76,4 Mio. Euro Bundesfinanzhilfen und 155,2 Mio. Euro Landesfinanzhilfen für die Programme der städtebaulichen Erneuerung zur Verfügung gestellt. Für 2026 werden aus derzeitiger Sicht Finanzhilfen des Bundes in vergleichbarer Höhe erwartet. Der Ansatz für die Landesfinanzhilfen entspricht der Höhe des Jahres 2025.

Die zur Verfügung stehenden Landesfinanzhilfen werden für das Landessanierungsprogramm und die Komplementärfinanzierung der vom Bund für 2026 vorgesehenen Bund-Länder-Programme eingesetzt. Neben dem Landessanierungsprogramm (LSP) werden Bundesfinanzhilfen im Jahr 2026 für folgende Programm- bzw. Themenschwerpunkte erwartet:

- Lebendige Zentren – Erhalt und Entwicklung der Stadt- und Ortskerne (LZP),
- Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten (SZP),
- Wachstum und nachhaltige Erneuerung – lebenswerte Quartiere gestalten (WEP)

### III.

#### **Landessanierungsprogramm und Bund-Länder-Programme**

Im Landessanierungsprogramm und in den Bund-Länder-Programmen gelten die gleichen Förderschwerpunkte. Die Umsetzung erfolgt einheitlich nach den Städtebauförderungsrichtlinien des Landes.

Grundlage für den Einsatz der Bundesfinanzhilfen ist die nach Maßgabe des Grundgesetzes und des § 164 b BauGB zwischen dem Bund und den Ländern für das Jahr 2026 abzuschließende Verwaltungsvereinbarung über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen (VV-Städtebauförderung 2026).

Im Folgenden werden die Programmschwerpunkte der einzelnen Bund-Länder-Programme kurz vorgestellt:

#### **Lebendige Zentren – Erhalt und Entwicklung der Stadt- und Ortskerne**

##### **(LZP)**

Die Finanzhilfen werden insbesondere zur Anpassung, Stärkung, Revitalisierung und zum Erhalt von Stadt- und Ortskernen, historischen Altstädten, Stadtteilzentren und Zentren in Ortsteilen eingesetzt. Ziel ist die Entwicklung der Quartiere zu attraktiven und identitätsstiftenden Standorten für Wohnen, Arbeiten, Wirtschaft und Kultur. Bauliche Maßnahmen zum Erhalt des baukulturellen Erbes und zur Sicherung und Sanierung erhaltenswerter und denkmalgeschützter Gebäude, historischer Ensembles oder sonstiger Anlagen von geschichtlicher, künstlerischer oder städtebaulicher Bedeutung haben besonderes Gewicht.

### **Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten (SZP)**

Mit dem Programm sollen insbesondere Maßnahmen des sozialen Zusammenhalts zur Stabilisierung und Aufwertung von Stadt- und Ortsteilen gefördert werden, die aufgrund der Zusammensetzung und der wirtschaftlichen Situation der dort lebenden und arbeitenden Menschen erheblich benachteiligt sind. Die Finanzhilfen sollen einen Beitrag zur Erhöhung der Wohn- und Lebensqualität und Nutzungsvielfalt, zur Integration aller Bevölkerungsgruppen sowie zur Stärkung des Zusammenhalts im Quartier leisten.

### **Wachstum und nachhaltige Erneuerung – Lebenswerte Quartiere gestalten (WEP)**

Bund und Land unterstützen die Städte und Gemeinden im Rahmen des Programms insbesondere bei der Bewältigung des wirtschaftlichen und demographischen Wandels vor allem in Gebieten, die von erheblichen städtebaulichen Funktionsverlusten und Strukturveränderungen betroffen sind. Die Finanzhilfen sollen die Städte und Gemeinden frühzeitig in die Lage versetzen, sich auf Strukturveränderungen und die damit verbundenen städtebaulichen Auswirkungen einzustellen. Das Wachstum und die nachhaltige Erneuerung dieser Gebiete zu lebenswerten Quartieren soll gefördert werden.

Die aktuelle Programmstruktur des Bundes hat fördertechnisch keine Auswirkungen auf städtebauliche Erneuerungsmaßnahmen, die in den früheren Bund-Länder-Programmen gefördert werden. Eine Überführung von Gesamtmaßnahmen wird nach Bedarf erfolgen.

Für die Handlungsfelder, die über die städtebaulichen Aufgaben hinausgehen, sind die Fachressorts und sonstigen Aufgabenträger auf Landesebene aufgefordert, auf eine verstärkte Bündelung von Fördermaßnahmen in Sanierungsgebieten nach § 142 BauGB hinzuwirken.

## IV. Verfahren

### 1. Digitale Antragstellung

Die Antragstellung erfolgt ausschließlich in digitaler Form. Sie richtet sich nach den auf der Homepage der Städtebauförderung des Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnen (unter [www.stadterneuerung-bw.de](http://www.stadterneuerung-bw.de) bzw. Direktlink <https://mlw.baden-wuerttemberg.de/de/service/foerderprogramme/liste-foerderprogramme-mlw/staedtebaufoerderung> abrufbar) veröffentlichten Hinweisen.

### 2. Vorlagetermine

Anträge auf Aufnahme neuer städtebaulicher Erneuerungsmaßnahmen und Aufstockungsanträge für laufende Erneuerungsmaßnahmen sind entsprechend dem in den Hinweisen vorgegebenen Antragsverfahren bis zum **6. Oktober 2025** zu stellen.

Die Antragsfrist ist im Hinblick auf eine ordnungsgemäße Bearbeitung unbedingt einzuhalten. Bei mehreren Anträgen ist die Kommune verpflichtet, zeitgleich mit der Antragstellung eine numerische Priorisierung der Anträge vorzunehmen.

Die Sachstandsberichte (einschl. IVS und SIQ) sind ebenfalls ausschließlich in digitaler Form – entsprechend dem in den Hinweisen vorgegebenen Antragsverfahren – bis zum **17. November 2025** vorzulegen. Sie werden bei der Bearbeitung von Aufstockungsanträgen und Neuanträgen in die Gesamtschau einbezogen.

### 3. Anträge auf Aufnahme neuer Maßnahmen

- 3.1 Städte und Gemeinden, die bereits für das Programmjahr 2025 einen Antrag gestellt haben, der nicht berücksichtigt werden konnte, werden gebeten, einen aktualisierten Antrag zu stellen, sofern der Antrag wiederholt werden soll.
- 3.2 Es wird empfohlen, die Durchführbarkeit und Finanzierung einer Maßnahme vor der Antragstellung mit dem Regierungspräsidium zu erörtern.
- 3.3 Dem Antrag sind Übersichtspläne beizufügen, die über folgende Punkte Aufschluss geben:
  - Lage des vorgesehenen Erneuerungs- oder Entwicklungsgebiets innerhalb der Gemeinde,
  - aussagekräftige Darstellung des Erneuerungs- oder Entwicklungsgebiets mit  lesbaren  Straßennamen, Maßstab ca. 1 : 1000/2500,
  - Planunterlagen zur städtebaulichen Gesamtkonzeption und Bebauungsplanentwürfe für das Gebiet, Maßstab ca. 1 : 1000,
  - bei mehreren Maßnahmen in einer Kommune Übersichtskarte über alle Gebiete Maßstab ca. 1 : 2500/5000.
- 3.4 Dem Antrag sind eine Zusammenfassung des gesamtörtlichen Entwicklungskonzepts und das gebietsbezogene integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept beizufügen.
- 3.5 Im Antrag ist detailliert darzustellen, wie im Rahmen der Gesamtmaßnahme Maßnahmen des Klimaschutzes und zur Anpassung an den Klimawandel, ins-

besondere durch Verbesserung der grünen und blauen Infrastruktur und umfassende energetische Erneuerungen, umgesetzt werden sollen. Dabei können auch Maßnahmen aufgeführt werden, die in anderer Weise finanziert werden (wie z. B. die kommunale Wärmeplanung). Anträge ohne aussagekräftige Ausführungen können nicht bearbeitet werden.

- 3.6 Durch großflächigen Einzelhandel in städtebaulich nicht integrierter Lage und andere kommunalpolitische Entscheidungen können die Bemühungen zur Stärkung der Zentren gefährdet werden. Im Antrag sind daher Angaben zur gesamtstädtischen Entwicklungsplanung zu machen. Die Gemeinde hat im Antrag den Unschädlichkeitsnachweis zu führen (z. B. durch ein Einzelhandelskonzept), dass keine innenstadtrelevanten Aktivitäten am Ortsrand erfolgen, ggf. auch zusätzlich darzustellen, wie durch weitere Aktivitäten das bestehende Zentrum in seiner Funktion gesichert und gestärkt wird (etwa Wohnen in der Innenstadt, Freizeitnutzung, Vereinsnutzung, Kultur, emissionsarme Produktion, u. ä.).
- 3.7 Damit die Kommunen eine zügige Durchführung und Finanzierung der Erneuerungsmaßnahmen gewährleisten können, soll die Zahl der laufenden Erneuerungsmaßnahmen – abhängig von der Gemeindegröße und Verwaltungskraft – begrenzt sein.

#### **4. Aufstockungsanträge / Sachstandsberichte**

Die jährlichen Sachstandsberichte dienen der Evaluation und laufenden Begleitung der Erneuerungsmaßnahmen. Ihnen kommt eine erhebliche Bedeutung zu, sie sind unverzichtbar. Es liegt im eigenen besonderen Interesse der Kommu-

nen, dass Sachstandsberichte und Aufstockungsanträge sorgfältig und vollständig ausgefüllt werden und alle wesentlichen Informationen für die laufende Beurteilung der Erneuerungsmaßnahme durch die Bewilligungsstelle und das Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen enthalten. Ein herausgehobenes Augenmerk gilt dabei Aussagen zur Schaffung von Wohnraum und zu Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Bewältigung des Klimawandels.

Bei allen Erneuerungsmaßnahmen, bei denen der Bewilligungszeitraum innerhalb eines Jahres endet, sind im Sachstandsbericht zusätzlich auch Informationen zum Abschluss der Erneuerungsmaßnahme bzw. zur Vorlage der Abrechnung zu geben, damit die Abrechnungsreife dieser Maßnahmen geprüft werden kann. Dies gilt auch für den Fall, dass eine Verlängerung des Bewilligungszeitraums beantragt wird.

Für ein effizientes Monitoring der Maßnahmen soll in den laufenden Sachstandsberichten in angemessenem Umfang vom Fortschritt der Maßnahmen berichtet werden. Zur Veranschaulichung ist auch Bildmaterial zu geförderten Einzelmaßnahmen beizufügen (in Form von aussagekräftigen Vorher-Nachher-Bildern). Das gebietsbezogene integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept ist dem Sachstandsbericht ebenfalls beizufügen – sofern es noch nicht vorgelegt wurde.

Dem Aufstockungsantrag / Sachstandsbericht sind aussagekräftige Übersichtspläne über bereits durchgeführte Einzelmaßnahmen, über die im Programmjahr vorgesehenen Einzelmaßnahmen sowie zur Schaffung von Wohnraum anzuschließen. Die Umsetzung von Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel im Sanierungsgebiet ist ausführlich zu erläutern. Anträge ohne aussagekräftige Ausführungen können nicht bearbeitet werden. Die

Angabe der bereits erfolgten und künftig angestrebten jährlichen CO<sub>2</sub>-Einsparung durch Gebäudemodernisierung oder Ersatzneubauten ist stets erforderlich.

Außerdem sollen die Sachstandsberichte nachvollziehbare Aussagen zu den konkret bereits erzielten bzw. angestrebten Flächeneinsparungen enthalten. Grundlage sollten dabei z. B. die formulierten Dichtevorgaben in den Regionalplänen sein.

In den Sachstandsberichten zu Erneuerungsmaßnahmen deren Bewilligungszeitraum innerhalb eines Jahres endet, sind Informationen zum Abschluss der Erneuerungsmaßnahme bzw. zur Vorlage der Abrechnung zu geben.